A4 Alltagserleichterungen für blinde Menschen und Menschen mit Sehbehinderung schaffen!

Gremium: Landesvorstand GRÜNE JUGEND Schleswig-Holstein
Beschlussdatum: 14.03.2021
Tagesordnungspunkt: 2 Anträge

Antragstext

1 Die Landesmitgliederversammlung der GRÜNEN JUGEND Schleswig-Holstein möge
2 beschließen:

3 Die GRÜNE JUGEND Schleswig-Holstein fordert die Landesregierung und die
4 Bundestagsfraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dazu auf, folgende Punkte
5 umzusetzen:

6 Gesellschaftliche, politische und berufliche Teilhabe

7 Forderungen:

- 8 • Bei Bereitstellung von barrierefreien Unterlagen von Ämtern und
9 Unternehmen ist die Barrierefreiheit und eine 4 Wochenfrist vor dem
10 Fälligkeitsdatum zu beachten, damit genügend Zeit besteht, diese
11 vorzubereiten. Dies soll in allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens
12 Standard werden. Dazu muss dieses existierende Angebot barrierefrei
13 kommuniziert und bereitgestellt werden. Wir als GRÜNE JUGEND Schleswig-
14 Holstein verpflichten uns dem ebenfalls.
- 15 • Weiterhin ist in jeglicher Hinsicht auf diskriminierungsfreie Sprache in
16 Ämtern und Unternehmen zu achten.
- 17 • Der Zugang zu technischen Hilfsmitteln muss kostenlos sein. Dazu braucht
18 es sowohl im privaten als auch im beruflichen Bereich finanzielle Mittel
19 als Unterstützung vom Staat an die Individuen und Arbeitgeber*innen.
- 20 • Es braucht eine kostenlose Berufsberatung, da blinde Menschen und Menschen
21 mit Sehbehinderung großen Schwierigkeiten auf dem Arbeitsmarkt begegnen,
22 die stigmatisierend und diskriminierend sind.

23 Erhöhung des Landenblindengeldes

24 Der Betrag des Landenblindengeldes in Schleswig-Holstein ist im Vergleich zu
25 anderen Bundesländern weitaus niedriger und sogar in der Vergangenheit gekürzt
26 worden.

27 Forderungen:

- 28 • Das Lindenblindengeld soll auf mindestens 600€ erhöht werden, welche auch
29 der Blinden- und Sehbehindertenverband Schleswig-Holstein fordert.
- 30 • Die Rente soll dementsprechend auch erhöht werden.
- 31 • Alltäglich fallen viele Extrakosten an, wie Hilfen für den Einkauf oder
32 Haushalt, Taxen, mehr Kleidung und viele mehr. Kein Mensch sollte aus

- 33 Kostengründen Diskriminierung erfahren, weshalb diese Kosten bei
34 Bereitstellung von finanziellen Mitteln zu berücksichtigen sind.
- 35 • Da der Großteil der Hilfen, die blinde Menschen und Menschen mit
36 Sehbehinderung im Alltag benötigen, privat sind, muss die Regierung dem
37 durch Ausbildung von fachlichen Hilfskräften und kostenloser
38 Bereitstellung gerecht werden.
 - 39 • Das Landesblindengeld soll auch Menschen mit einer Sehbehinderung
40 inkludieren. Diese Menschen werden bisher überhaupt nicht finanziell
41 berücksichtigt. Dazu soll das Geld in Relation zu der Schwere der
42 Sehbehinderung stehen. Generell gilt es, auch Menschen mit Sehbehinderung
43 in diese Debatten einzubeziehen.

44 Barrierefreie Medien

45 Forderungen:

- 46 • Die Verpflichtung der öffentlich-rechtlichen und privaten Fernsehsender zum
47 Ausbau der barrierefreien Medienangebote (Gebärdensprache, Untertitel,
48 Audiodeskription) muss in den Medienstaatsvertrag aufgenommen werden.
- 49 • Die Erhöhung der finanziellen Ressourcen für den Auf- und Ausbau
50 barrierefreier Angebote soll nach einem Stufenplan (10 % Steigerung pro Jahr)
51 erfolgen.

Begründung

Erfolgt mündlich.